

Herr Risch, Sie sind nicht nur Regierungschef von Liechtenstein, sondern auch für das Ministerium für Finanzen zuständig. Beunruhigt Sie, was im Nachbarland mit der Credit Suisse passiert ist?

Für unsere eigenen Banken bin ich der Überzeugung, dass diese sehr solide aufgestellt sind. Das zeigt sich unter anderem an den hohen Kernkapitalquoten der Liechtensteiner Banken. Zudem sind diese stärker in der Vermögensverwaltung tätig, das ist im Vergleich zum Investmentbanking ein eher risikoarmer Bereich. Aber kein Finanzplatz, kein Finanzinstitut der Welt ist vor Krisen gefeit. Es können auch Institute in die Knie gehen, von denen man dachte, die wird es immer geben. Wenn das Vertrauen fehlt, kann die Bilanz noch so gut sein. In dieser Hinsicht war die Krise bei der Credit Suisse für viele ein Augenöffner.

In der Schweiz entbrennt nun eine Diskussion, ob die neue fusionierte Großbank nach dem Zusammenschluss von UBS und Credit Suisse „too big to save“ ist. In Liechtenstein ist die Situation noch extremer: Die Bilanzsumme der drei größten Banken übersteigt das BIP um das Fünffache. Wie groß ist das Risiko für Liechtenstein?

Wenn die Frage darauf abzielt, ob Liechtenstein im Notfall seine Banken retten könnte, dann muss man das klar beantworten: Nein, das können wir selbst nicht. Bei der Credit Suisse hat die Schweizer Nationalbank (SNB) umfassende Liquiditätshilfen bereitgestellt. Wir gehören zwar zum Schweizer Währungsraum, damit ist die SNB praktisch auch unsere Notenbank. Aber unsere Banken sind natürlich nicht systemkritisch für den Schweizer-Franken-Raum. Die SNB wäre daher im Krisenfall für uns auch kein „Kreditgeber der letzten Instanz“. Wir erachten die Wahrscheinlichkeit einer Bankenkrise in Liechtenstein als sehr gering. Das völlig und für immer auszuschließen greift aber zu kurz. Auch aus diesem Grund sind wir dabei, den Beitritt Liechtensteins zum Internationalen Währungsfonds (IWF) voranzutreiben.

Inwieweit hängt das zusammen?

Das Parlament hat schon im vergangenen September zugestimmt, dass wir die Beitrittsverhandlungen starten sollen. Die Entscheidung fiel also zeitlich deutlich vor und damit unabhängig von der Krise bei der Credit Suisse. Aber ich glaube, gerade so ein Fall zeigt: Die Mitgliedschaft im IWF wäre für uns in Krisensituationen, in denen wir als Staat zwar solide aufgestellt sind, aber das Finanzsystem unter Druck gerät, eine wichtige Rückversicherung. Das gilt nicht nur für die potenziellen Liquiditätshilfen, sondern insbesondere auch für die Expertise, die der IWF im Krisenfall beisteuern könnte.

Warum braucht Liechtenstein überhaupt einen so großen Bankensektor?

Liechtenstein wird von außen oft fast ausschließlich als Finanzzentrum wahrgenommen. Fakt ist aber, dass die produzierende Industrie mit einem Anteil von über 40 Prozent an der Bruttowertschöpfung die wichtigste Branche ist. Die Finanzindustrie folgt nach den Dienstleistungen auf Rang drei der größten Wirtschaftsbeiriche und ist natürlich eine wichtige Stütze. Wir sind zwar ein kleines



Liechtenstein:
„Solide aufgestellt.“

Daniel Risch

„Wir können unsere Banken im Notfall nicht selbst retten“

Liechtenstein hat keine Notenbank, die im Krisenfall mit staatlichen Garantien einspringen könnte. Der Regierungschef treibt deshalb den Beitritt zum IWF voran.

Land, haben jedoch eine breit diversifizierte Wirtschaft.

Treuhänder und Vermögensverwalter stehen aufgrund der Russland-sanktionen unter verschärfter Beobachtung. Die internationale Gemeinschaft erhöht den Druck auf die Schweiz, die Sanktionen durchzusetzen. Kürzlich landete auch ein Liechtensteiner Treuhandbüro auf der US-Sanktionsliste. Verspüren Sie einen ähnlichen Druck?

Nein. Wir haben uns von Anfang an verpflichtet, die EU-Sanktionen mitzutragen. Und ich merke, dass vom Finanzplatz dafür viel Unterstützung kommt. Das ist Knochenarbeit für unseren kleinen Finanzplatz und zudem mit sehr viel internationaler Kooperation verbunden. US-Sanktionen sind aus einer Risikoperspektive für jeden international ausgerichteten Finanzplatz von hoher Relevanz. Entsprechend handeln wir auch.

Liechtenstein hat russisches Vermögen im Umfang von rund 200 Millionen Franken (umgerechnet etwa 203 Millionen Euro) eingefroren. Nicht besonders viel, wenn man bedenkt, dass allein die drei größten Banken des Landes über 400 Milliarden Franken verwalten. Sind Sie sicher, dass alle Vermögen sanktionierter Personen erfasst wurden?

Jeder, der behauptet, er sei sich sicher, alle versteckten Vermögenswerte ge-

Vita

Der Politiker
Daniel Risch ist seit März 2021 Regierungschef in Liechtenstein und zugleich Minister für Finanzen. In seinen Aufgabenbereich fallen die Steuer- und Finanzplatzpolitik sowie die Verwaltung des Landesvermögens.

Der Manager
Vor seiner politischen Laufbahn war der promovierte Wirtschaftsinformatiker Chief Marketing Officer der Liechtensteini-schen Post.

funden zu haben, zeigt nur, dass er nicht versteht, worum es geht. Aber ich bin mir sicher, dass wir alles dafür tun, mit vereinten Kräften die Sanktionen umzusetzen in der Hoffnung, dazu beizutragen, dass dieser Krieg irgendwann einmal endet.

Im Fall der Treuhandgesellschaft Sequoia, die seit Mitte April auf der US-Sanktionsliste steht, hat Liechtenstein eher reagiert als aktiv gehandelt. Die betreffende Gesellschaft tauchte bereits 2016 in den Panama-Papers mit Verbindungen zu russischen Oligarchen auf. Hätten Sie den Fall nicht früher entdecken müssen?

Auch bei uns gibt es laufend Untersuchungshandlungen und Verfahren, über die die Öffentlichkeit

keine erfährt, weil es keine kommunizierbaren Ergebnisse gibt. Es wird auch immer Banken und Treuhänder geben mit Kunden, die man heute nicht mehr haben sollte. Die Welt hat sich seit Kriegsausbruch stark verändert. Manches Geschäft, das vor zwei Jahren nicht beanstandet wurde, geht heute nicht mehr. Sanktionen sind immer auch mit politischem Ermessen verbunden. Wichtig ist, dass man entschlossen handelt, wenn sich die Grundlage ändert. Und das tun wir.

Sie arbeiten auf Ebene der Uno mit der sogenannten FAST-Initiative gegen Geldwäsche im Zusammenhang mit Menschenhandel. Inwiefern schaden Treuhänder auf US-Sanktionslisten diesem Engagement?

Das sind zwei komplett unterschiedliche Felder, auch wenn es auf den ersten Blick nicht danach aussieht. Bei der FAST-Initiative geht es darum, Muster in Transaktionen und Finanzströmen zu erkennen, die auf Kriminalität wie zum Beispiel Menschenhandel hindeuten. Man weiß jedoch nicht, wen man sucht. Bei sanktionierten Oligarchen ist es umgekehrt. Man weiß genau, wen man sucht, aber nicht, wie die Finanzströme aussehen.

Herr Risch, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Jakob Blume.



Kryptowährung

Staatliche Dienstleistungen mit Bitcoin bezahlen

In Liechtenstein sollen die Bürger künftig bestimmte Angebote des Staates mit Bitcoin bezahlen können. Regierungschef Risch zeigt sich zudem offen für staatliche Kryptoinvestments.

Jakob Blume Zürich

Das Fürstentum Liechtenstein will die Kryptowährung Bitcoin als Bezahloption für staatliche Dienstleistungen einführen. Das kündigte Regierungschef Daniel Risch im Gespräch mit dem Handelsblatt an. „Eine Bezahlmöglichkeit mit Bitcoin kommt“, sagte er. Einen konkreten Zeitplan nannte er nicht.

Nach dem derzeitigen Planungsstand sei es wahrscheinlich, dass das Fürstentum Einzahlungen in Bitcoin annimmt und sofort in die Landeswährung Schweizer Franken umtauscht, erläuterte Risch, der neben seinem Amt als Regierungschef auch Finanzminister des Fürstentums ist. Der Ansatz ähnelt denen von Schweizer Gemeinden wie Zug oder Lugano, in denen Bürger bereits seit längerem etwa Steuern oder staatliche Dienstleistungen in Bitcoin zahlen können.

Mit dem direkten Umtausch vermeidet das Fürstentum, ein Preisrisiko für die schwankungsanfällige Cyberwährung einzugehen. Dass der Haushalt Liechtensteins in Zukunft statt der umgetauschten Franken Bitcoin ver-



mauritus images / Freearist

bucht und damit ein solches Risiko eingeht, sieht Risch bislang nicht. „Was sicher ist: Wir sind technologieoffen, wir wollen das Thema Kryptowährungen verstehen, aber wir sind nicht offen für Experimente“, betonte Risch. Eine offizielle Landeswährung werde der Bitcoin dadurch nicht, stellte er klar.

Bitcoin: Keine Experimente.

Trotz aller Vorsicht zeigt sich Regierungschef Risch offen dafür, in Zukunft staatliche Gelder in Bitcoin anzulegen. Die Frage, ob die Cyberwährung zur Anlagestrategie für die staatliche Haushaltsreserve passe, habe ein Expertengremium bislang mit „Nein“ beantwortet. „Kryptowährungen wie Bitcoin sind doch noch zu risikobehaftet. Aber diese Einschätzung kann sich natürlich ändern“, sagte Risch.

Liechtenstein hat gesetzlich festgelegt, keine Schulden zu machen, sondern das Zwei- bis Dreifache des Haushaltsbudgets als Reserve für Krisenzeiten vorzuhalten. Das jährliche Budget des Kleinststaates beträgt rund 900 Millionen Schweizer Franken (915 Millionen Euro). Die Reserven belaufen sich nach Angaben des Finanzministeriums auf aktuell 2,23 Milliarden Franken (2,27 Milliarden Euro).

Dieses Vermögen legt das Fürstentum am Kapitalmarkt an. Es setzt dabei auf Vermögensverwalter aus Liechtenstein sowie ausländische Anbieter. Die Anlagestrategie bezeichnet Risch als „eher konservativ.“ Maximal 50 Prozent des investierten Geldes dürfen in Aktien angelegt werden.

Die Obergrenze für alternative Anlagen wie Private Equity oder Private Debt beträgt 15 Prozent, jene für Immobilienfonds 10 Prozent. Die Strategie bestimmt der Anlageausschuss, ein Gremium aus Vertretern des Staates und Investmentexperten. Auf Initiative von Regierungschef Risch prüfte das Gremium auch Kryptoinvestments: „Ich wollte, dass wir uns den Kauf von Bitcoin für die Haushaltreserve genau anschauen, mit dem Resultat, dass die Experten aus dem Anlageausschuss davon abgeraten haben“, sagte Risch. Das Votum trage er mit: „Mit dem Geld des Staates große Risiken einzugehen, da kann ich als Finanzminister nicht dafür sein.“

Das Interesse für Kryptowährungen in Liechtenstein kommt nicht von ungefähr: Das Fürstentum hat bereits 2020 ein „Blockchain-Gesetz“ eingeführt. Es war das weltweit erste Gesetz, das die Ausgabe und den Handel mit sogenannten Token auf der Blockchain regelt. Das Gesetz lieferte auch eine Vorlage für die im April auf europäischer Ebene beschlossene Krypto-Regulierung Mica.